

SHORT NEWS

Nouvelle tonalité à l'IPW

Cette semaine l'institut Pierre Werner (IPW) est ressorti des eaux troubles où il naviguait depuis le départ quelque peu précipité de son ancien directeur, le journaliste Mario Hirsch. Ce dernier avait fini par quitter son poste sous la pression de la députée libérale Anne Brasseur qui, en janvier de cette année, avait déclenché une polémique en lui reprochant notamment une « mauvaise gestion » de l'institut et de ne pas « faire preuve d'imagination » face à un budget minimisé à cause de la crise. Si au début, Hirsch réfutait les reproches, il a tout de même dû se plier aux exigences des trois mécènes de l'IPW, à savoir le ministère de la culture luxembourgeois, l'ambassade de France et le Goethe Institut allemand. Le nouveau capitaine reste tout de même un Luxembourgeois, malgré une soumission internationale. Il se nomme Olivier Frank, est germaniste de profession et du moins sa voix devrait être connue des auditeurs d'émissions de musique classique sur RTL, qu'il a animées pendant un certain temps avant de prendre la direction artistique de l'OPL. Reste à savoir si Frank pourra satisfaire les exigences de cet institut trinational.

Kyoto II: Umweltminister desavouiert Premierminister

Am 29. Juni wird auf Anfrage der Regierung ein „débat de consultation“ zum kürzlich vorgestellten Klimapakete in der Abgeordnetenkammer stattfinden. Der von Luxemburger NGOs - wenn auch mit Vorbehalten - mitgetragene Klimapakete soll dazu beitragen, dass Luxemburg insbesondere auch auf kommunaler Ebene alles in Bewegung setzt, um eine möglichst weitgehende Reduzierung der CO₂-Werte im eigenen Lande zu erreichen. Bislang erfüllen wir unsere Hausaufgabe vor allem durch „Flexible Mechanismen“ in östlichen und südlichen Staaten, unter anderem solchen, die ihre CO₂-Quoten nicht brauchten und so Verschmutzungsrechte gegen Bares an die Industriestaaten veräußerten. Noch ist nicht sicher ob diese Praxis auch über das Jahr 2012 erlaubt sein wird. Wohl deshalb schaltet der Nachhaltigkeitsminister schon mal einen Gang herunter und tritt innerhalb der EU nicht mehr als Vorreiter für ein - von KlimaschützerInnen als minimal erachtetes - Reduktionsziel für 2020 auf 30 Prozent der Treibhausgas-Werte im Vergleich zu 1990 auf. Damit läuft er freilich dem im Klimapartnerschaft gemachten Versprechen entgegen, Luxemburg durch verstärkte Reduktionen „vom emissionsintensivsten Land Europas mit rund 24 Tonnen CO₂ pro Jahr und Kopf Schritt für Schritt zumindest auf den europäischen Durchschnitt“ hinzubewegen. Und damit lässt Claude Wiseler auch seinen Regierungschef alt aussehen, der sich im letzten Jahr voll dem 30-Prozentziel verschrieben hatte.

Recycltes Müllgesetz?

Weg von der Konsum- und Wegwerfgesellschaft, hin zu einer „société européenne de recyclage“. Unter diesem Motto stellte delegierte Nachhaltigkeitsminister Marco Schank (CSV) am vergangenen Donnerstag den auf Grundlage einer europäischen Direktive entstandenen Entwurf für das neue Abfallgesetz vor. Die in diesem Gesetz eingeführte „Abfallhierarchie“ macht die Müllvermeidung, Wiederverwendung und das Recycling zur Priorität. Konkret drückt sich das Ganze in zwei Zahlen aus: 50 Prozent der „déchets municipaux“ (aktuell etwa 42 Prozent) und 70 Prozent der „déchets de démolition et de construction“ (aktuell laut Minister zwischen 60 und 70 Prozent) sollen künftig recycelt werden. Neue Ziele, die mit „alten“ Mitteln umgesetzt werden sollen. Schank setzt auch weiterhin auf das Prinzip pollueur-payeur. Die momentan von Gemeinden recht freizügig interpretierte Verpflichtung „Verschmutzer“ zahlen zu lassen, soll verstärkt werden, indem nun endgültig alle zu entleerenden Tonnen auf die Waage kommen. Wie gerecht diese Maßnahme tatsächlich ist, setzt allerdings voraus genau überprüfen zu können, wer was für Müll produziert. Für weiteren Diskussionsstoff dürfte auch das angestrebte Ziel, Abfälle, die zur Energiegewinnung weiterverwertet werden können, nicht mehr zu exportieren, sorgen.

AKTUELL

ADEM-REFORM

Pikiertes Minister

Richard Graf

Kein gutes Haar lassen die Grünen an Nicolas Schmits Adem-Reform. Dessen Reaktion hat jetzt (fast) einen Koalitionsstreit hervorgerufen.

Arbeitsminister ist besonders in Krisenzeiten ein undankbarer Job. Das bekommt zur Zeit Nicolas Schmit zu spüren, der ohnehin seit seiner „Polizeikommissariats“-Affäre mit schlechten Umfragewerten zu kämpfen hat und im jüngsten Politbarometer sogar um seine Führerschaft in der Ost-LSAP bangen muss.

Nicolas Schmits etwas pikiertere Reaktion auf eine Pressekonferenz der Grünen vom vergangenen Dienstag, bei der die beiden Abgeordneten Viviane Loschetter und Claude Adam die bisher geleistete Arbeit als Arbeitsminister unter die Lupe nahmen, zeugt vor allem von seiner Nervosität. Konkret geht es um die Reform der Arbeitsmarktverwaltung Adem, genauer, um das der Reform zugrundeliegende Gesetzesvorhaben, das Anfang Dezember 2010 im Regierungsrat angenommen wurde und in der Chamber zur Abstimmung gelangen sollte. Doch allzu eilig scheint es der Minister damit nicht zu haben, denn eine Abstimmung vor der Sommerpause wird es nicht geben. Der Staatsrat hat einige „oppositions formelles“ geäußert, was eigentlich Änderungsvorschläge seitens des Ministers zur Folge haben müsste. Doch bislang wurde die zuständige Kommission mit keinen derartigen Änderungen befasst.

Die grüne Kritik beschränkt sich allerdings nicht auf den Reformtext, der als „reformette“ verspottet wird. Denn allein durch eine Umbenennung in „Agence pour le Développement de l'Emploi“ sei der derzeitigen Krise auf dem Arbeitsmarkt nicht beizukommen, so Loschetter und Adam.

Im Zeitraum von Januar 2000 bis Dezember 2010 ist die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen von 5.452 auf 15.567 angewachsen, was zeitweise zu einer historischen Arbeitslosenrate von 6,5 Prozent geführt hat, rechnen die Grünen vor. Das seinerzeit schon von Schmits Vorgänger François Biltgen (CSV) festgestellte Luxemburger Paradox konnte nicht aufgelöst werden: Die Arbeitslosigkeit unter den in Luxemburg ansässigen Einwohnern nahm zu, obwohl der Arbeitsmarkt in einem ähnlichen Vergleichszeitraum geradezu boomte. Zwischen Ende 2000 und April 2011 erlebte das Großherzogtum einen Zuwachs an Arbeits-

plätzen von 44,3 Prozent - auf insgesamt 370.104.

Die Ursachen hierfür sind bekannt und liegen zum einen im Schulsystem begründet, das ungewöhnlich viele SchulabbrecherInnen und damit unqualifizierte ArbeitnehmerInnen produziert. Der andere Faktor sind die Auswirkungen der Sprachenpolitik, die besonders von Kindern mit Migrationshintergrund als Qualifikationshindernis erlebt werden. Orientierung und Beratung bleiben auch nach der angestrebten Reform hinter den Bedürfnissen der Arbeitssuchenden zurück. Hier eine Änderung zu erreichen, setzt nach Überzeugung der Grünen einen anderen Typus von Arbeitsvermittlern voraus, der auch über pädagogische Fähigkeiten verfügt.

Dabei hatte die 2009 angetretene Koalition versprochen, alles besser zu machen. Mit der Übernahme des Arbeitsministeriums durch die LSAP sollten endlich die drei zuständigen Ministerien, die in der Lage sind, das Arbeitsmarktproblem direkt zu beeinflussen, in politischem Gleichklang die nötigen Reformen möglich machen.

Doch bislang beschränkten sich die Bemühungen Schmits vor allem auf eine bessere Ausstattung und eine Regionalisierung der Adem mit dem Ziel, näher an den Menschen und den Betrieben zu sein. Die Krone dieser Reform sollte das Gesetzesvorhaben vom Dezember darstellen. Doch der schwierige koalitionsinterne Abstimmungsprozess dürfte dazu führen, dass die Reform erst nach den Kommunalwahlen im Herbst spruchreif wird.

Schmit konterte die Kritik mit dem Vorwurf, die Grünen hätten nur eine oberflächliche Kenntnis seiner Reformvorschläge, was sich durch ihre notorische Abwesenheit in der zuständigen Kommission hinreichend erkläre. Eine Vorwurf, der nicht zutrifft, so die Grünen, die Sitzungsprotokolle bewiesen es.

Eine noch heftigere Zurückweisung muss Schmit allerdings von Seiten des Koalitionspartners hinnehmen. Dem CSV-Generalsekretär war Schmits Verteidigungsargument, es sei in den Jahrzehnten vor seiner Amtszeit rein gar nichts passiert, übel aufgestoßen. Schließlich habe François Biltgen die jetzt angestrebte Reform bereits lange vor 2009 vorbereitet.